

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

22.1.1929 (No. 18)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Kneub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verdringung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschreibung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verdrängt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Um die Koalition im Reich

Parteien und Reichsregierung  
M. Berlin, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Am Freitag wird der Kanzler die Parteiführer empfangen, um die erste Fühlungnahme wegen der Steuergesetze aufzunehmen. Wie es in politischen Kreisen heißt, drängt das Zentrum sehr energisch auf Bildung der Großen Koalition, wobei es in erster Linie den Vizekanzlerposten erstrebt, und zwar in Verbindung mit dem Ministerium der besetzten Gebiete. Das Verkehrsministerium soll losgelöst und mit einer anderen Persönlichkeit, gleichfalls aus dem Zentrum, besetzt werden. Als neue Zentrumsminister werden Dr. Wirth und Stegerwald genannt. Das Ministerium für die besetzten Gebiete soll übrigens erweitert werden und auch den Osten umfassen. Bei einer solchen Regelung würden alle anderen Ministerien bleiben können. Die Sozialdemokraten sollen sich jedoch auf ihrem geistigen Berliner Vertretertag im wesentlichen darüber einig geworden sein, keine Änderungen vorzunehmen, bevor die Steuergesetze erledigt sind. Man denkt sich anscheinend die Sache so, daß die Koalitionsfrage vorerst vertagt wird, damit man bei der Steuererhebung freie Hand habe und diese Gesetze mit wechselnden Mehrheiten angenommen werden können.

### Der Etat im Reichsrat

W.D. Berlin, 22. Jan. (Tel.) Dem Reichsrat, der am Donnerstag zusammentritt, ist neben der Haushaltsplan für 1929 mit den dazugehörigen Deckungsvorlagen zugegangen. Es handelt sich außer dem Haushaltsplan selbst um folgende Gesetzentwürfe: Gesetz zur Änderung der Biersteuer, Gesetz zur Änderung des Branntweinmonopols, Novelle zur Erbschaftsteuer, dritte Novelle zur Einkommensteuer, Novelle zur Vermögensteuer, Novelle zur Wechselsteuer, zweite Übergangsregelung des Finanzausgleichs und Novelle zur Reichshaushaltsordnung. Die Gesetzentwürfe sind zunächst den zuständigen Ausschüssen des Reichsrats übermittlekt worden, die ihre Beratungen, wie das Nachrichtenbüro des W.D. erfährt, am 4. Februar beginnen werden. Man rechnet damit, daß die Beratungen der Ausschüsse mindestens eine Woche in Anspruch nehmen, so daß die öffentlichen Plenarverhandlungen des Reichsrats über den neuen Etat kaum vor Mitte Februar beginnen können.

An den Reichstag wird danach der Etat erst in der letzten Februarhälfte gelangen. In parlamentarischen Kreisen hält man es deshalb für zweifelhaft, daß der Etat noch vor dem 1. April fertiggestellt werden kann. Das Finanzministerium würde also einen Notetat ausarbeiten und noch vor dem 1. April vom Reichsrat und Reichstag genehmigen lassen müssen.

### Aus den Reichstagsfraktionen

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat Montag nachmittag, wie angekündigt, ihre am Samstag begonnenen Beratungen fortgesetzt. Nach einem offiziellen Bericht sind lediglich laufende Angelegenheiten besprochen und keinerlei Beschlüsse gefaßt worden. Der Verlauf bei der Fraktionsitzung zeigt, daß das Zentrum im Augenblick, soweit politische Entscheidungen die Umbildung der Regierung in Frage kommen, noch keinerlei Bindungen eingehen will.

Die ursprünglich für Montag nachmittag einberufene Sitzung der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, die sich nicht durch den Etat und die Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers geschaffenen politischen Lage beschäftigen sollte, ist auf heute, Dienstag, nachmittag 3 Uhr verschoben worden.

An einer sozialdemokratischen Parteikonferenz im Reichstag nahmen am Montag auch Parteimitglieder aus den Ländern und Vertreter der Gemeinden teil. Man erörterte in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding vor allem die Frage des Steuervereinfachungsgesetzes. Die Beratungen hatten lediglich informativen Charakter. Die Verhandlungen zogen sich mit einer Mittagspause bis zum späten Abend hin, konnten aber noch an diesem Tage zum Abschluß gebracht werden, so daß die für heute, Dienstag, vorgesehene Fortsetzung der Sitzung entfallen konnte.

Diplomateneffen beim Reichskanzler. Der Reichskanzler und Frau Müller gaben am Montagabend im Reichskanzlerhaus zu Berlin ein Essen, an dem u. a. eine große Anzahl Mitglieder des diplomatischen Korps teilnahm.

Die Panzerkreuzerdenkschrift. Laut Berliner „Kotter Fahne“ hat die kommunistische Partei die in der „Review of Reviews“ bekannte Grönerische Denkschrift zur Panzerkreuzerfrage zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstag gemacht.

Die Hauptverhandlung gegen Hugo Stinnes wird Mitte Mai vor einer Sonderabteilung des Großen Schöffengerichts Berlin-Mitte vor sich gehen.

Der Rechtsausfluß der Rhein-Zentralkommission hielt in Brüssel seine erste Sitzung ab. Vertreter waren Deutschland, Frankreich, die Schweiz, Italien, Holland und Belgien. Verhandlungsgegenstand war die Vereinheitlichung der juristischen Vorschriften hinsichtlich der Hilfestellung und der Rettungsarbeiten bei Unglücksfällen sowie die Frage des Aufsichtswesens in der Binnenschifffahrt.

### Letzte Nachrichten

#### Die Mobilisierung der deutschen Schuld

M. Berlin, 22. Jan. (Priv.-Tel.) In New-Yorker Bankierkreisen ist in den letzten Tagen die Frage der Auflegung der deutschen Bonds wieder lebhaft erörtert worden. Dabei soll sich aber gezeigt haben, daß die Aussichten dafür außerordentlich ungünstig sind. Man wendet vor allem ein, daß die Auflegung einer großen deutschen Anleihe mit hohen Zinsen den ganzen Kapitalmarkt verfehlen und zu einer Zinserhöhung auch im übrigen führen würde. Für die Anleihe selbst sei allerdings der Bericht Parker Gilberts sehr günstig, da er geradezu als Anleiheprospekt für Deutschland dienen könnte.

#### Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen

W.D. Berlin, 22. Jan. (Tel.) Der Reichsaußenminister hat dem Reichstage den Inhalt der am 21. Dezember d. J. in Moskau unterzeichneten Protokolle über die Ergebnisse der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen zur Kenntnisnahme vorgelegt. Sämtliche Vereinbarungen sollen am 15. Januar d. J. in Kraft treten; lediglich hinsichtlich der Pacht- und Aufenthaltsgeldern ist der 1. Januar d. J. als Zeitpunkt des Inkrafttretens vereinbart worden.

#### Die Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger

W.D. Berlin, 22. Jan. (Tel.) Der Reichsfinanzminister legte dem Reichstag den erbetenen Gesetzentwurf über die Wartegeldempfänger vor. Der Reichsrat hat diesem Entwurf, der verfassungsändernd ist, mit der vorgeschriebenen Stimmenzahl zugestimmt. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, es erweise unerträglich, unbefähigten Wartegeldempfängern verhältnismäßig hohe Bezüge zu gewähren und daneben voll zu bezahlende Kräfte in den Reichsdienst neu einzustellen. Durch Gewährung von Vergünstigungen sollen diejenigen, die nicht mehr voll dienstfähig sind oder eine Wiederverwendung nicht mehr eritreben, veranlaßt werden, sich freiwillig in den endgültigen Ruhestand versetzen zu lassen. Für Wartegeldempfänger, die wegen ihres Alters kaum noch verwendet werden können, ist der Übertritt in den endgültigen Ruhestand vorgesehn, wenn sie von der Vergünstigung des freiwilligen Übertritts keinen Gebrauch gemacht haben.

#### Kranzniederlegung am Denkmal Lessings

W.D. Berlin, 22. Jan. (Tel.) Verehrer Lessings hatten sich heute vormittag am Lessingdenkmal in der Vennestraße versammelt, um dem großen Dichter und Denker am Morgen seines 200. Geburtstages zu huldigen. Das Standbild war geschmückt mit frischem Grün und Kränzen. Namens der Sektion für Dichtkunst der preussischen Akademie der Künste legte Dr. Ludwig Fulda eine prächtige Kranzspende nieder und feierte Lessing in warmen Worten. Lessing gehöre zu den edelsten Geistern deutscher Nation. Sein Denken und Wirken werde noch in ferne Geschlechter hineinragen. Oberbürgermeister Koch grüßte in Lessing den Geist der Welt, den freien Geist, der alles umfaßt, der zu uns gehört, und lege namens des Magistrats und der Stadtverordneten einen Kranz nieder.

#### Die Lage in Afghanistan

W.D. Moskau, 22. Jan. Einer Meldung aus Herat zufolge ist eine beträchtliche Anzahl Militär aus Kandahar und dem Gebiet von Gagni zusammengezogen worden. Man glaubt, daß Aman Allah sich an die Spitze der Truppen stellen wird. In Kabul macht sich Mangel an Lebensmitteln bemerkbar. Die Preise sind stark gestiegen. Es sind Klünderungen vorgekommen. So wurde das Eigentum einer aufgelösten französischen Schule geraubt. Das gleiche Schicksal droht der deutschen Schule. Durch die völlige Isolierung Kabuls stockt der Handel, was eine große Unzufriedenheit in der Kaufmannschaft erregt. Unter der niedergedrückten Bevölkerung machen sich Sympathien für Aman Allah bemerkbar.

Aman Allah hat im Hinblick auf die Absehung Inayat Allahs in Kandahar eine Erklärung veröffentlicht, daß er seine Abdankung für nichtig erklärt und „die Herrschaft wieder übernehmen“. Eine Nachricht, daß der neue Afghankönig Habib Allah ermordet worden sei, wird von Reuters als völlig unbegründet bezeichnet.

Dem Reichsrat, der am Donnerstag zusammentritt, um die neuen Steuergesetze entgegenzunehmen, liegt auch ein Bericht über eine Satzungsänderung der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim vor.

Zusammenstöße in Halle. In Halle a. d. S. kam es am Montag zu Ausschreitungen Erwerbsloser, so daß die Polizei mit blanker Waffe vorgehen mußte. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Das Befinden des Marschalls Koch hat sich soweit gebessert, daß die Ärzte ihm am Montag gestatteten, für kurze Zeit das Krankenlager zu verlassen. Die Gefahr einer neuen Krise ist jedoch noch nicht behoben.

Wiederzusammentritt des Unterhauses. Das englische Unterhaus tritt heute zu seiner Schlußtagung zusammen. Man glaubt, daß die allgemeinen Wahlen Mitte Juni stattfinden werden, zu demselben Zeitpunkt, an dem das neue Gesetz in Kraft treten wird, das 5.500.000 Frauen das Stimmrecht verleihen wird.

### Die gehobene Fürsorge und die Gemeinden

Vom Badischen Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren haben die Städte und Gemeinden des Landes in wiederholten Anträgen bei der Regierung und bei dem Landtage die Übertragung der gehobenen Fürsorge auf die Gemeinden verlangt. In gemeinsam ausgearbeiteten, eingehenden Denkschriften des Badischen Städtebundes, des Badischen Städtebundes, des Verbandes Badischer Gemeinden und der Kreise wurden an Hand sorgfältig gesammelten statistischen Materials alle Gründe dargelegt, welche den weiteren Ausbau von besonderer Fürsorgestellen bei den staatlichen Bezirksämtern als eine sachlich ungewinnliche und finanziell untragbare Lösung erscheinen lassen. Von sämtlichen kommunalen Körperschaften des Landes wurde demgemäß die einmütige Forderung aufgestellt, daß die gehobene Fürsorge den Gemeinden alsbald übertragen wird.

Die Gesetzentwürfe der Regierung, welche eine weitere Ausgestaltung der Bezirksfürsorgeverbände vorsahen, wurden daraufhin nicht weiter behandelt. In seiner Sitzung vom 4. Dezember 1928 hat sich nun der Landtag unabhängig von einer Gesetzesvorlage auf einen erneuten Antrag des Verbandes Badischer Gemeinden mit dem Fragegebiet befaßt und nach eingehender Aussprache eine Resolution angenommen, welche erklärt: „Der Landtag hält im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung die Übertragung der gehobenen Fürsorge an die Gemeinden für erwägenswert und ersucht die Regierung, in der angefügten Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsverwaltung die Fragen zu prüfen, ob und wie dieses Ziel erreicht werden kann.“

Dieser Landtagsbeschluß hat nun in der Presse zu vielfachen Erörterungen Anlaß gegeben. Aus Kreisen der Fürsorgeempfänger wurden verschiedentlich Besorgnisse laut, daß die Übertragung der gehobenen Fürsorge auf die Gemeinden zu einer Verschlechterung der Lage der Fürsorgeempfänger führen könnte. In einer Entschiedenheit des Ganges Baden des Reichsbundes der Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen wurde sogar die Behauptung gemacht, daß die Gemeinden weder sachlich noch fachlich in der Lage seien, gehobene Fürsorge zu betreiben, da sie hierzu auch nicht leistungsfähig seien, und daß endlich durch eine solche Organisationsänderung eine Erparnis an Verwaltungskosten nicht erzielt werden könnte. Auch in anderen Pressestimmen wird darauf hingewiesen, daß kleinere Gemeinden mitunter schon durch wenige Fürsorgefälle außerordentlich belastet werden können.

Wenn die Gemeinden gleichwohl an ihrem bisherigen grundsätzlichen Standpunkte unverrückbar festhalten, so geschieht dies deshalb, weil sie die Auffassung vertreten, daß die verlangte Organisationsänderung durch die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes zwangsläufig vorgezeichnet ist. Selbstverständlich sollen die Fürsorgeberechtigten in ihren Ansprüchen nach keiner Richtung hin schlechter gestellt werden. Wenn man sich aber vor Augen hält, daß nach der soeben vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Finanzstatistik die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahre 1925/26 fast 2,4 Milliarden Reichsmark betragen und gegenüber den Jahren 1913/14 um 1,8 Milliarden Reichsmark gestiegen sind, und wenn man die sonstigen äußeren und inneren Kriegslasten, die auf dem deutschen Wirtschaftskörper lasten, in Rechnung stellt, die bei Aufrechterhaltung des bisherigen Aufwandes für die gesamte öffentliche Verwaltung auf die Dauer unmöglich getragen werden können, so wird man den Sinn des Antrages der Gemeinden besser verstehen, da zu sparen, wo ohne Schädigung der Interessen der Fürsorgeberechtigten wirklich gespart werden kann, nämlich durch Vermeidung unnötiger Verwaltungsausgaben. Die Gesamtheit der Fürsorgeberechtigten in Deutschland darf sich der Einsicht nicht verschließen, daß die an sich notwendigen Fürsorgeausgaben von dem deutschen Volke weiterhin in ihrer bisherigen Höhe nur dann aufgebracht werden können, wenn sich auf anderen Gebieten, vor allem in der Verwaltungsorganisation, Einsparungen erzielen lassen. Wenn man berücksichtigt, daß die Gemeinden bei der Durchführung der gehobenen Fürsorge durch die Bezirksämter (wie dies zur Zeit geschieht) keineswegs ausgeschaltet sind, sondern alle Fürsorgeanträge genau so eingehend behandeln und hierzu Erhebungen veranstalten müssen, wie wenn sie selbst statt der Bezirksämter über die Anträge zu entscheiden hätten, so führt diese Doppelarbeit doch selbstverständlich zu einer Verteuerung des Verwaltungsapparates. Es wäre ganz undenkbar, daß die unzähligen Einzelanträge aus allen Gemeinden von den Bezirksämtern mit den vorhandenen Kräften ohne weiteres bewältigt werden könnten, so daß etwa bei diesen Ämtern keine Mehrkosten durch Einstellung besonderer Arbeitskräfte und den entsprechenden sachlichen Aufwand entstehen würden. Man hat es doch auch bei den Wohnungsverbänden erlebt, daß ursprünglich die kostenlose Erledigung der Geschäfte durch das Personal der Bezirksämter zugelegt worden war und sehr bald Hilfskräfte eingestellt werden mußten, deren Bezahlung aber der Staat trotz aller Gegenvorstellungen der Gemeinden entschlossen ablehnte.

Den Versuchen, die Bildung besonderer Fürsorgestellen bei den Bezirksämtern mit einer angeblich sozialen Minderwertigkeit der kleinen Gemeinden zu begründen, ist entgegenzusetzen, daß heute das Gesamtiveau der Gemeindeverwaltung auf dem Lande gegenüber früher ganz wesentlich gehoben ist. Die Zusammensetzung der ländlichen Gemeinderäte ist seit Abschaffung des Ruralwahlsystems und Einführung des allgemeinen Wahlrechtes gegenüber der Vorkriegszeit heute ganz verschieden. Dazu überall sind die weniger bemittelten Bevölkerungskreise in den Gemeinderäten angemessen vertreten, so daß ihre Interessen gewahrt bleiben. Im übrigen ist der Einfluß der Organisationen der Fürsorgebedürftigen

agen, der Gewerkschaften und der Presse schon von selbst dafür, daß etwaige Mißstände sofort zur Kenntnis der zuständigen Stelle kommen und behoben werden. Davon abgesehen werden die Gemeinden aber auch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in den einzelnen Zweigen der Fürsorge selbst eine Vereinfachung dadurch erzielt wird, daß die Fürsorgeberechtigten (insbesondere die Kriegsteilnehmer, Sozialrentner und Erwerbslosen) ausreichende Unterstützungen von denselben Stellen (Reich, Landesversicherungsanstalten, Arbeitsämtern) erhalten, denen gegenüber sie rechtliche Ansprüche auf Fürsorgeleistungen haben, so daß sie künftighin auf die zusätzliche Unterstützung durch die Fürsorgeämter überhaupt nicht mehr in dem gleichen Umfang wie bisher angewiesen sind. Gerade die gleichzeitige Betreuung der Kriegsober, Sozialrentner und Erwerbslosen durch ganz verschiedene Stellen, nämlich die an sich in erster Linie berufenen Organe und nebensächlich auch noch durch die Gemeinden verursacht ganz besonders hohe und durch eine rationellere Organisation einzufließende Verwaltungsaufwendungen.

Sollte schließlich auch einmal die eine oder andere kleine Gemeinde durch irgendwelche Fürsorgefälle besonders belastet werden, so kann aus diesem Umstand doch kein Argument gegen die Notwendigkeit der ganzen Reform hergeleitet werden, wie sie nun einmal durch die Zwangslage vorgeschrieben ist. Derartige Sonderlasten könnten durch Übernahme eines Teiles des Fürsorgeaufwandes auf eine größere Körperschaft vermieden werden, wie ja auch zur Zeit das Land allen Fürsorgeträgern, auch den größten Städten des Landes, einen Teil der Lasten der gehobenen Fürsorge erlegt, um zufällige und auf besondere Umstände zurückzuführende Härten auszugleichen.

Wenn auch auf zahlreiche andere Gesichtspunkte, die für die Beurteilung des Standpunktes der Gemeinden von außerordentlicher Wichtigkeit sind, in diesem Zusammenhange nicht näher eingegangen werden kann, so hält es der Badische Städtebund doch für geboten, die Allgemeinheit vor allem darauf aufmerksam zu machen, daß man die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Fürsorge in Baden nur im Zusammenhang mit der gesamten Verwaltungsreform richtig würdigen kann, wie sie durch die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes und die gesamten äußeren und inneren Kriegslagen unabwendbar geworden ist.

### Der Sonnenburger Zuchthausprozeß

In der provisorisch als Gerichtssaal eingerichteten Kirche des Sonnenburger Zuchthaus (Marl Brandenburg) begann am Montag vor dem erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen 21 Beamte dieser Strafanstalt. Die Anklage wirft den Angeklagten Unterschlagung, Diebstahl und Verleitung zum Meineid vor, und zwar im Zusammenhang mit der mehrfach erörterten Verschleuderung von Heeresgut. Die Angeklagten bestritten sehr entschieden jegliches Verschulden und betonten, daß es sich um eine Reaktion von Gefangenen handle. Die Vernehmung ergab weiter, daß in dem Zuchthaus Sonnenburg eine ziellose Führung geherrscht habe, und die Beamten keine Unterstützung durch die Direktion fanden. U. a. wurde darauf hingewiesen, daß z. B. in den Freistunden die Gefangenen mit der Tabakspitze und dem Taschmesser in der Hand erschienen.

Zur Vorgeschichte des Prozesses berichten die Blätter: Die Tatsache, daß in Sonnenburg zahlreiche politische Gefangene untergebracht waren, so z. B. Max Hölz, führte auch auf die Behandlung der nichtpolitischen Gefangenen, die durchweg Schwerverbrecher sind, ab. Die nichtpolitischen Häftlinge konnten sich unerhörte Verstöße gegen die Anstaltsordnung erlauben, so bezogen sie Tabak und Alkohol in jeder gewünschten Menge. Viel schlimmer war noch das Nachlassen der allgemeinen Disziplin. Im Sommer 1928 wurde im Zuchthaus bekannt, daß Max Hölz amnestiert werden sollte, ebenso die übrigen politischen Gefangenen. Nun verlangten auch die nichtpolitischen Häftlinge unter tumultuarischen Szenen ihre Freilassung und traten schließlich in den Hungerstreik. Anführer ihrer Bewegung waren fünf Schwerverbrecher, zum Teil lebenslänglich. Diese fünf terrorisierten die übrigen Zuchthausinsassen, so daß sogar ein bekannter Schwerverbrecher sich über die „Störung seines Strafvollzugs“ beklagte. Er beklagte sich schließlich in einem Aufsatz, der ungehindert an die Redaktion der „Sonnenburger Jg.“ gelangen konnte, über die ungläublichen Zustände im Zuchthaus. Schließlich wurde der Zuchthausdirektor Lübbe veretzt und Direktor von Normann trat an die Spitze des Zuchthaus. Das strengere Regiment, das nun einsetzte, hatte eine überraschende Wirkung. Einem Tages wurde dem Anstaltsdirektor von den Gefangenen eine lange Liste überreicht, in der mehr als 40 Beamte beschuldigt wurden, gemeinsam mit den Anstaltsinsassen umfangreiche Unterschlagungen und Betrügereien in dem im Zuchthaus eingerichteten Verarbeitungsbetrieb für chemisches Heeresgut begangen zu haben.

### Vereinigung der Freunde der Badischen Kunsthalle

Karlsruhe ist nicht gerade arm an Vereinen. Und oft genug wird der höhere Zweck eines solchen Vereins nur denjenigen plausibel vorkommen, die das Gebilde ins Leben rufen. Man kann es demnach verstehen, daß sich bei allen verständigen Bürgern eine gewisse Abneigung gegen Vereinsgründungen und Vereinsmeterei bemerkbar macht. Um so mehr muß es auffallen, wenn jetzt in Karlsruhe eine neue Organisation ins Leben gerufen wurde, die von den kulturell fortgeschrittenen Elementen unserer Stadt gebildet wird und von vornherein der freudigen Unterstützung durch alle Kreise sicher sein darf, die ein wirklich ernstes Verhältnis zur Kunst haben. Es ist die Vereinigung der Freunde der Badischen Kunsthalle. Abtätlich nennt sich die neue Organisation nur eine Vereinigung, sie will kein festgeschlossener Verein mit großen Statuten sein. Ein gemeinsames, den Mitgliedern selbstverständlich erscheinendes Interesse hat diese Zusammengeführt. In der Hauptsache handelt es sich um Wiltbürger und Wiltbürgerinnen, die an dem Dasein und der Entwicklung der Badischen Kunsthalle ein besonderes Interesse nehmen. Darin berühren sie sich naturgemäß mit der badischen Regierung bzw. dem Kultusminister und seinem Kunstreferenten und der Leitung der Badischen Kunsthalle selbst. Dieses Institut soll ausgebaut und in seinen Wirkungsmöglichkeiten erweitert werden. Dazu ist eine engere Fühlungnahme zwischen den Freunden der Kunsthalle und dem Institut notwendig. Unter außerordentlich reger Beteiligung und unter allgemeiner Zustimmung ist am Sonntagvormittag im Lesesaal der Badischen Kunsthalle in Gegenwart des Kultusministers Dr. Leers die Gründung beschlossen worden. Der Oberbürgermeister war am Kommen verhindert, hatte aber auch seinerseits seine freundliche Zustimmung ausgesprochen. Geleitet wurde die Versammlung von dem derzeitigen Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Wulzinger, der es in ausgezeichnete Weise verstand, den Anwesenden den Zweck und die Notwendigkeit der Vereinigung darzulegen und ihnen zu zeigen, wie wertvoll eine aktive Mitwirkung der Kunstfreunde für das Leben der Badischen Kunsthalle ist. Mit wachen Worten ward Prof. Wulzinger um die rechte Liebe für die Kunst und das einzelne Kunstwerk und was dabei

### Dr. Seipel über den österreichischen Föderalismus

Bundeskanzler Dr. Seipel sprach am Montag abend im Kongressaal des Hotels „Bayerischer Hof“ in München über „Föderalismus in Österreich“, wobei er sich zunächst gegen die Auffassung verwehrte, als ob ihm irgend welche geheimen Absichten aktueller Politik aus Österreich nach Bayern geföhrt hätten.

Auf den österreichischen Föderalismus übergehend legte der Bundeskanzler an den Bestimmungen der Bundesverfassung dar, daß den Österreichern in der Verfassung nichts so wichtig und so wesentlich erscheine als eben die Bundesverfassung. Der österreichische Föderalismus, führte er weiter aus, wird uns oft zum Vorwurf gemacht und begegnet scharfer Kritik. Besonders stehen dem österreichischen Föderalismus die reinen und unentwegten Freunde des Anschlusses aus dem Deutschen Reich gegenüber, weil er den künftigen Anschluß erschwere, denn sie meinen, Österreich müsse dann seinen Föderalismus aufgeben, was wohl ein zu großes Opfer für Österreich wäre, oder das Reich müßte mit Österreich einen Subföderalismus in Kauf nehmen.

So scheint Österreich durch seinen Föderalismus für immer zu einem selbständigen Sein nach Art der Schweiz bestimmt zu sein. Diese Einwendungen kann man sehr verschieden beleuchten. So braucht der Föderalismus nicht zu groß und zu kostspielig zu sein, sondern kann das Mittel der größten Wirtschaftlichkeit der Verwaltung werden. Dafür ist der Föderalismus ein Bild der wirklichen Selbstverwaltung des Staates. Der zukünftigen Entwicklung legt er die stark herausgearbeitete und fest gehaltene Eigenheit nicht geringe Schwierigkeiten entgegen, aber er bildet keine unübersteigliche und unbedingte Schranke. Nachdem dann der Kanzler die verfassungsrechtlichen Ideen und Pläne insbesondere der Jahre 1917/18 ausführlich analysiert hatte, fuhr er fort: Daß der Föderalismus so gut aufgenommen wurde, und so tief Wurzel schlägt, kommt von der Stärke der Parteigegenläufe in Österreich. Die Länder griffen gern zum Föderalismus als einem Mittel gegen das — wie sie sich ausdrückten — rote Wien, das feinerweise wieder sich nicht gern, sicher aber nicht ganz von einer Mehrheit vorwiegend kleinbäuerlichen und ländlichen Ursprungs beherrscht lassen wollte. Im österreichischen Föderalismus werden wir noch lange zu arbeiten haben, bis wir die Schwierigkeiten, die er aufwirft, überwunden haben.

Handwerk und Mittelstand. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat der „Kösl. Jg.“ zufolge ein Rundschreiben an seine Mitgliedsvereine geschickt, in dem darauf hingewiesen wird, daß kürzlich eine Sitzung der Vertreter der Handwerksverbände stattgefunden habe, in der beschlossen worden sei, sich an der von dem Reichsverband des selbständigen Mittelstandes geplanten Kundgebung zugunsten des notleidenden Mittelstandes nicht zu beteiligen, und zwar wegen der einseitigen politischen Aufmachung dieser Kundgebung. Dagegen würden die Gruppen der Handwerkerverbände in der Zeit vom 10. bis 28. Februar selbständig Kundgebungen veranstalten, in denen die tatsächliche Lage des Handwerks dargestellt werden soll.

Eine Festgabe der Reichsregierung zum Lesing-Jahr. Die deutsche Reichsregierung wird der Öffentlichen Bibliothek in Cleveland eine von dem Maler Wolfgang Krenschlein angefertigte Kopie des in der Porträtsammlung der Nationalgalerie befindlichen Jugendporträts Lesings von Tischbein als Festgabe zum Lesing-Jahr übermitteln. Der bekannte Leipziger Bildhauer, Prof. Seiffner ist mit der Anfertigung einer überlebensgroßen Bronzestatue Lesings beauftragt worden, die ein Komitee angesehener Bürger Clevelands der Stadt Cleveland zu schenken beabsichtigt.

Der 70. Geburtstag des früheren Kaisers. Auf Schloß Doorn haben die Festlichkeiten zur Feier des 70. Geburtstages des früheren Kaisers begonnen. Anwesend sind u. a. General v. Wadenstein, Baron v. Gehrtel als Vertreter der ehemaligen bayerischen Armee, Admiral Schröder als Vertreter der früheren Flotte und der Präsident des Ruffhändlerbundes. Der Paal im Schloße Doorn war am Montag illuminiert, überall sind schwarzweiße Fahnen gehißt. Die Festlichkeiten werden eine Woche dauern.

Die Namen der Ausländer in Frankreich. Der radikale Abgeordnete Lambert hat in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Ausländer beim Erwerb der französischen Nationalität ermächtigt werden sollen, die Anpassung des Vornamens und Zunamens an den französischen Sprachgebrauch zu beantragen. Lambert begründet den Vorschlag damit, daß eines der größten Hindernisse für die Assimilierung der naturalisierten Ausländer der fremdländische Name sei, der noch nach Generationen auf die Herkunft schließen lasse.

darauf hin, daß die Betätigung einer solchen Liebe auch den Blick hinter die Kulissen nicht scheuen dürfe, um so die Anlaufmöglichkeiten des Instituts und alle die Schwierigkeiten kennenzulernen, mit denen es zu tun hat. Seine Ausführungen schlossen mit der Hoffnung, daß durch diese Gründung das Kunstleben unserer Stadt eine stärkere Belebung erfahren werde. Wir sind überzeugt, daß diese Hoffnung nicht zuhaken werden wird.

Das, was das Institut der Vereinigung bieten wird, ist recht ansehnlich und umfangreich. Außer mannigfachen Vergünstigungen durchschnittlich alle 4 bis 6 Wochen eine Zusammenkunft. Dabei werden dargeboten werden: Lichtbildervorträge, Führungen durch die Galerie unter dem Gesichtswinkel ganz besonderer Problemstellungen, Zusammenkünfte im graphischen Kabinett mit Vorträgen im kleinen Kreis an Hand der graphischen Originale. Es ist ohne weiteres klar, daß aus der Zusammenarbeit mit der Vereinigung manche schöne und wertvolle Anregung für die Tätigkeit der Kunsthalle herauspringen wird. Wir haben neulich schon anlässlich der van-Gogh-Ausstellung darauf aufmerksam gemacht, wieviel auf diesem Gebiet in Karlsruhe noch zu tun ist. Die Gründung dieser Vereinigung bietet nunmehr erwünschten Ansporn und sicheres Fundament zugleich.

Die neueste Unternehmung der Badischen Kunsthalle ist eine Ausstellung von Neuerwerbungen. Sie wird die Monate Januar und Februar umfassen und der Öffentlichkeit zeigen, in welcher Weise die Galerie in den letzten Jahren durch Neuerwerbungen bereichert worden ist. Das Verzeichnis dieser Ausstellung läßt einen hohen Genuß erwarten.

Das Kunsthaus Büchle stellt in seinen Räumen eine größere Anzahl von Reproduktionen nach Zeichnungen von Hans Holbein d. J. aus. Die Qualität der handangefertigten Wiedergaben verbürgt größtmögliche Treue gegenüber dem Original, so daß man gerne auf diese Ausstellung hinweist. Man lernt nur dem Fachmann und Liebhaber möglich ist, dem die wertvollen Handzeichnungenwerke, vor allem die Ganzsche Druckpublikation, zugänglich sind. Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß für einen relativ niedrigen Preis eine beste Wiedergabe nach einem Kunstwerk erworben werden kann, das zum geistigen Besitz Europas gehört. M.

Die Presse im Reichswirtschaftsrat. Der Chefredakteur der „Köslischen Zeitung“, Georg Bernhart, hat mit Schluß des vorigen Jahres seinen Sitz im Reichswirtschaftsrat niedergelegt. In seiner Stelle ist vom Reichswirtschaftsminister der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Paul Baeder, N. d. L., auf Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Presse berufen worden. Georg Bernhart bleibt aber Mitglied der Reichsenquete-Kommission.

Urteil gegen Bremer Nationalsozialisten. Vor dem Großen Schöffengericht Bremen wurden die jugendlichen Nationalsozialisten, die im August und September v. J. Überfälle auf deutsche Staatsangehörige jüdischen Glaubens und verächtlich auch auf den brasilianischen Konsul in Bremen verübt hatten, zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu einem Jahr verurteilt. Gegen den Hauptschuldigen, Thelen, wurde sofort Haftbefehl erlassen, bei zwei Jugendlichen wurde auf Strafaussetzung bis 31. Januar 1932 erkannt.

### Kurze Nachrichten

Karler Gilbert verabschiedete sich am Montag in Washington von Staatssekretär Kellogg. Er hatte längere Unterredungen mit führenden Beamten der Westeuropadelegation des Staates. Wie üblich, bewährte er vollständiges Stillschweigen über den Inhalt der Konferenzen und erklärte lebhaft, die Gerüchte über seinen Rücktritt seien vollkommen unbegründet. Er werde am Freitag die Rückreise nach Berlin antreten.

Eine neue Partei in Österreich. In Österreich hat sich unter dem Namen „Demokratische Mittelpartei“ eine neue Partei gebildet, die alle freiheitliche Gesinnungen im bürgerlichen Lager sammeln will.

Amerikaner im Irak überfallen. Im Irakgebiet wurde auf vier Amerikaner, die einen Autoausflug unternommen hatten, durch eine Bahabitenbande ein Überfall verübt, wobei der eine der Autoinsassen getötet wurde.

Die Regierung des Irak ist zurückgetreten, und zwar infolge eines Konflikts mit einer Militär- und Finanzabteilung. Die Politiker des Irak fordern völlige Unabhängigkeit und wünschen sozusagen die Aufhebung der britischen Oberaufsicht.

Der neue amerikanische Innenminister. Nach dreitägiger Beratung hat der amerikanische Senat mit 54 gegen 27 Stimmen die Ernennung des bekannten Chicagoer Anwalts Roy C. West zum Minister des Innern genehmigt.

Der Aufstand in Guatemala niedergeschlagen. Die Regierung in Guatemala teilt mit, daß ihre Truppen die Städte Quezaltenango und Retalhuleu kampflos wieder eingenommen haben und die Revolte damit ihr Ende gefunden habe. Die Führer der Aufständischen seien geflohen, und im ganzen Lande herrsche Ruhe.

### Moderne „Alchimie“

Ein Schwindler, der in der Nähe von München ein Laboratorium zur angeblichen Gewinnung von synthetischem Gold eingerichtet hatte, hat einen großen Personenkreis um Millionen geschädigt. Unter den Beteiligten befindet sich auch General Ludendorff, der sich jedoch zurückzog und keinen Schaden erlitt. Der Schwindler, namens Tausend, wurde in Bozen verhaftet. Er ist ein früherer Kempner.

### Alchimie Chronik

In einem Lugoshotel unter den Linden in Berlin wurde der bekannte Getreidegroßhändler Ernst Gottschalk aus Halleberstadt erkrankt aufgefunden. Gottschalk, der einen großen Reichtum hinterließ, hat die Tat infolge wirtschaftlicher Sorgen begangen.

Ein deutscher Frischdampfer lief im nördlichen Eismeer auf ein Riff auf. Die Besatzung konnte sich unter den größten Schwierigkeiten retten. Ein Mann von ihnen ist der Kälte erlegen.

Der deutsche Doyen Max Schmeling siegte in New York (New Jersey) in dem Kampf gegen Pietro Corri in der ersten Runde nach 62 Sekunden durch I. o.

In der italienischen Hauptstadt herrschte trotz des Sonnenscheins in den letzten Tagen eine ungewöhnlich niedrige Temperatur. Auf den Wiesen liegt noch immer Schnee, und die großen Brunnen und Springbrunnen tragen Eiszapfen.

Die Ausbrüche des Vulkans Krataiau nehmen an Heftigkeit zu. In der Umgebung der Insel ist das Meer beständig in heftiger Bewegung.

In Buenos Aires ist der aus Antwerpen gekommene Dampfer „Archangel“ in Brand geraten. 300 Fässer Benzol, die das Schiff geladen hatte, sind explodiert.

### Moderne österreichische Kunst

in der Galerie Moos, Karlsruhe.

Die reifste Leistung bietet Georg Merkel, den man den österreichischen Karl Moser nennen könnte. Nicht auf Grund eines Zusammenhanges, aber aus der Tatsache eines ähnlichen Resultates der Entwicklung. Das Wesentliche dabei ist wohl der außerordentliche künstlerische Intellekt, der jede jähe Gestaltung vermeidet und sich eine klassische Form sucht. Man gewinnt diesen Eindruck, weil die Bilder mitteilen, daß der Künstler schwer und langsam produziert, daß die Motive immer und immer wieder durcharbeitet werden, bis sie sich zu einer für Merkel resillosen Lösung gestalten. Das wird erreicht durch die Klarheit der Form, durch eine äußerst manicierte und doch feste koloristische und schließlich durch die entscheidende Vereinfachung, in der Merkels künstlerische Leistung kulminiert. Die neuartigen Wirkungen, die dadurch gelegentlich entstehen, sind äußerlich, da die inneren Voraussetzungen anders gerichtet sind. Ebenso wenig bedeuten die Anklänge an Picasso, denn Merkel kommt aus dem Quellgebiet der französischen Kunst, einer Tradition, zu der er ein in jeder Weise selbständiges und lebendiges Verhältnis besitzt. Merkels Gegenüber ist Ernst Huber, der als Lehrling in einer Druckerei anfing und sich dilettantisch gebildet hat. Es sind bukolische Vorwürfe, die der junge Künstler malt, eigenständig bewegt in der Farbe, die er in interessanten Stellungen und Kontrasten verwendet. Das Resultat ist sehr beachtenswert, selbst wenn es sich durch jene „raffinierte“ Harmlosigkeit auszeichnet, die sich aus leicht als Charakteristikum des Wiener Geschmacks aufdrängt. Es mag Zufall sein, aber selbst in dieser kleinen Ausstellung wirken Hubers Bilder seiner vermutlichen Frühzeit, trotz ihrer äußeren Lebendigkeit thematisch monoton. Um so erfreulicher ist die Tatsache der späteren Bilder, die unpopulärer, sogar ungelöster sind, und doch beweisen, daß die Auseinandersetzung ein ernstes und bestimmendes Niveau erreicht hat. Es ist nicht die Aufhellung der Farbe, sondern das Problem eines kongentrierten farbigen Vortrags, um das mit viel verpackendem Einsatz besonders in dem Bild Eidi den Saad gerungen wird.

Franz von Jülow, Träger des österreichischen Staatspreises für 1928, gestaltet trotz marxistischer Formcharakteristik in seinen Bildern und Aquarellen mehr vom Zentrum

# Badischer Teil

## Der badische Staatspräsident in Mannheim

D3. Mannheim, 22. Jan. Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt ist heute vormittag mit den Herren seiner Begleitung hier eingetroffen, wurde am Bahnhof von Oberbürgermeister Dr. Heimerich empfangen und ins Parkhotel geleitet, wo er Wohnung genommen hat. Die Herren traten sofort zu einer Besprechung zusammen.

### Aus den Parteien

#### Präsident Schmitt Landtagskandidat

Eine Vertrauensmännerversammlung des 21. badischen Landtagswahlkreises **Malsbach-Adelsheim** stellte einstimmig und ohne Debatte den badischen Zentrumsführer, Präsident Dr. Schmitt, zum Kandidaten für die nächste Landtagswahl auf. Der „Bad. Beobachter“ teilt dazu mit: „Die berufene Führerschaft des Wahlkreises hatte schon vor einiger Zeit mit Rücksicht auf bestimmte obwaltende Verhältnisse sich an Dr. Schmitt mit der Bitte um das Jawort für die ihm zu übertragende Spitzenkandidatur gewandt. Doch legten damals Rücksichten auf seine Gesundheitsverhältnisse ihm Zurückhaltung auf. Auch zu der Zeit, als im 22. Wahlkreis Herr Staatspräsident Dr. Schmitt aufgestellt wurde, wußte man, daß der eine oder andere Wahlkreis Dr. Schmitt noch als Kandidat zu gewinnen hoffte. Sollte doch Dr. Schmitt auch auf dem vorjährigen badischen Parteitag erklärt, daß er sich zu dem Entschluß drückte, gegenüber der Zentrums-Partei gegenüber seine Absicht bis zum äußersten zu tun. Nachdem nun seine gesundheitlichen Verhältnisse wieder bessere geworden sind, darf man die feste Hoffnung hegen, daß er auch dem badischen Landtag erhalten bleibt, was in der ganzen Partei und darüber hinaus zweifellos mit großer Begeisterung aufgenommen werden wird.“

### „Badener Tag“ in Karlsruhe 1930

Es ist beabsichtigt, eine Zusammenkunft der badischen landsmannschaftlichen Vereine, die in Deutschland und in der ganzen Welt zerstreut bestehen, namentlich in Nord- und Südamerika, in England, in der Schweiz und in Österreich, und die dort badische und damit auch deutsche Sitte und Art pflegen, in **Karlsruhe** zustande zu bringen.

Dieser „Badener Tag“, wie er heißen soll, darf wegen seines ausgesprochen heimatkulturellen Charakters und wegen der großen Zahl von Vereinen und Einzelpersonen, die erfaßt und eingeladen werden sollen; das Interesse des ganzen deutschen Volkes lebhaft beschäftigen. Die lange Kriegszeit und die Nachkriegszeit mit ihren höchst unerfreulichen Erscheinungen haben es den badischen Auslandsdeutschen und den im Reich lebenden fast unmöglich gemacht, die alte Heimat, die landschaftlichen Schönheiten und Reize des badischen Heimatlandes wiederzusehen und Verwandte und Angehörige zu besuchen. Der „Badener Tag“ soll dieses Bedürfnis zur Verwirklichung führen. Andererseits aber ist es auch eine Pflicht des Heimatlandes selbst, den seit längerer oder kürzerer Zeit in der Ferne wohnenden Stammesbrüdern Gelegenheit zu geben, bei einer groß angelegten, feierlichen und doch schlichten Zusammenkunft das Heimatgefühl wieder zu stärken, die Liebe zur Heimat wachzuhalten, sich der in der Heimat schlummernden Werte zu erinnern und Nutzen daraus zu ziehen.

Deshalb wird auch an der Spitze des für den „Badener Tag“ gebildeten Arbeitsausschusses der Landesvereine, **„Badische Heimat e. V.“** Sitz Freiburg i. Br., stehen, der zusammen mit der Stadt, dem Verkehrsverein und allen einschlägigen Korporationen und Stellen, wie Verkehrs- und Wandervereinigungen und landsmannschaftlichen Vereinen, sowie den großen überseehaftwirtschaftlichen die Propaganda für dieses große Projekt übernehmen wird. Der Zeitpunkt ist auf Ende Juni, einige Wochen nach Pfingsten 1930 festgesetzt, der hinsichtlich der Reisekosten, namentlich für Ausländer, wohl glücklich gewandt sein dürfte. Große Reisevereinfachungen, Extraschiffe, Sonderzüge und Autobusverbindungen werden zur Durchführung des „Badener Tags“ erwünscht und notwendig sein.

Das Programm selbst steht in großen Zügen fest, den Mittelpunkt der Heimatzusammenkunft bildet ein dreitägiger Aufenthalt in **Karlsruhe** mit verschiedenen hochwertigen Darbietungen, worauf die weltberühmten Städte der Umgebung, Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg u. a., besucht und weiterhin Ausflüge und Reisen in das badische Unterland und Oberland, in den Schwarzwald, die bayerischen Alpen und in die Schweiz unternommen werden sollen. Die Geschäftsstelle des „Badener Tages“ befindet sich in **Karlsruhe**, Karl-Friedrich-Straße 10, wo bereits ein ansehnliches Material von badischen landsmannschaftlichen Vereinen des In- und Auslandes zusammengetragen ist, und wo weitere Adressen von badischen Landsleuten gesammelt werden.

Nach den bis jetzt angebahnten Beziehungen findet die Idee gerade in **Amerika** lebhaften Widerhall, wo sich die großen deutschsprachigen Zeitungen wiederholt nach dem Stande der Vorbereitungen erkundigen. Die Verwirklichung des Planes wird ein für das Land Baden und für das ganze Deutsche Reich kulturell und verkehrspolitisch bedeutsames Ereignis sein.

Der Farbe aus, die seiner Anlage als etwas ursprünglich Belebtes gegeben zu sein scheint. Das Temperament des Vortrags wirkt gut, wenn es auch nicht persönlich von seiner vollkommenen Unvergleichlichkeit nicht überzeugt. Das zeigt mir eine Diktion nach jeder Sprache in St. Marie für mich, die den Gogh in einer seiner wundervollen Zeichnungen festgehalten hat, und schließlich die Diskrepanz zwischen Bildern dieser Art und den Aquarellen, in denen sich eine viel natürlichere, vielleicht aus einem leiblich kunstgewerblichen Grund entstandene Einfachheit ausdrückt. Felix Gorta kommt aus dem Atelier von Hagemann, dessen Malweise den Frühstil des Künstlers bestimmte. Dann kam eine Wandlung, die sich inhaltlich und formal als Verschärfung bezeichnen läßt. Es scheint, als habe Gorta die Kompositionsschemen, die uns von Gogh, Schlichter und Dix bekannt sind, in Wien eingeführt. Dabei ist die weiche, malerischere Formgebung dem kompositionellen Vorwurf nicht ganz abzuwachen und genügend bestimmt, wie wir das von wirklich entschiedenen Formulierungen kennen.

Als Rechten nennen wir **Wilhelm Klier**, da **Johann Fischer** nach dem einen Bild in der Ausstellung nicht beurteilt werden kann. Klier, der jetzt 23-jährig, ist sehr begabt, aber noch nicht genügend gefestigt. Seine lockere Technik arbeitet mit reichen koloristischen Effekten, aber kaum ein Bild ist kompositionell im Sinne eines innerlich notwendigen Bildzusammenhanges erfüllt. Das beweist auch der Gegensatz der besseren figurlichen Darstellungen zu den Landschaften, aus deren fremder und etwas dekorativer Farbigkeit ich zu empfinden glaube, daß sich der Künstler die Natur noch nicht aus einer tieferen Verbundenheit heraus gestaltet. Was Klier kann, zeigt das lyrische Bildnis des sitzenden Baars, das in sich geschlossen den reifen Ausdruck des Künstlers repräsentiert. Zum Schluß wollen wir betonen, daß das Niveau der Ausstellung als Ganzes sehr erfreulich ist, und daß die Galerie Moos sich mit dieser Veranstaltung in anerkannter Weise bewährt hat. Dr. Martini.

### Der kommende Weinbaukongress in Offenburg

Am Montagnachmittag tagte im Rathausaal in **Offenburg** unter Vorsitz von Direktor Dr. Müller, Karlsruhe, Vorsitzenden des Deutschen und Badischen Weinbauverbandes, die vorbereitende Kommission zum 35. deutschen Weinbaukongress, der bekanntlich in **Offenburg** stattfindet. Es wurde eine vorläufige Festsetzung des Kongresses schon auf den 23. August dieses Jahres zugestimmt und zwar mit Rücksicht auf den Ende August in Wien stattfindenden internationalen Weinbaukongress. An Veranstaltungen sollen stattfinden: Freitag (23.) vormittags Ausflüge, nachmittags Ausstellungseröffnung, abends Begrüßungsbanquet. Samstag (24.) vormittags Kongressitag, nachmittags Weinprobe des Badischen Weinbauverbandes, abends Stadtbeleuchtung. Sonntag vormittags Fortsetzung der Beratung, nachmittags Festzug für Montag sind Ausflüge in die hauptsächlichsten Weingebiete der Ortenau vorgesehen. Dienstag wäre Reisetag nach Wien. Weiterhin befaßte sich die Kommission mit der vorläufigen Bildung der verschiedenen Ausschüsse.

### Vorarbeiten für das Rheinstauwerk bei Markt-Kembs

Die Vorarbeiten für die Erstellung des **Rheinstauwerkes** für das **Krautweck-Kembs** sind, wie aus **Markt (bei Mühlheim)** gemeldet wird, jetzt soweit gediehen, daß mit dem Bau bald begonnen werden kann. Die zur Staustelle führende dreieckige Ebene ist im Fundament fertiggestellt. Auch die Kanäle nähert sich der Vollendung; sie wird der Brauerei Kaiser in Lörrach übertragen. Auch sind mehrere Baracken fertiggestellt, die verschiedenen Zwecken dienen. Die Einwohnerzahl von **Markt** ist gegenwärtig damit beschäftigt, das ganze umliegende Gelände abzuholzen. Die Drahtseilfähre, die von 1875 bis zum Kriegsausbruch bei **Kirch** ihren Betrieb ausführte, wird nun für den Bau des Stauwerkes wieder benötigt und ist bereits nach **Markt** überführt worden. Ein Teil der Beamten und Arbeiter ist in **Markt** und Einmündigen untergebracht, ein anderer Teil wird in den Baracken auf den Baustellen wohnen. Auch auf elfstündiger Seite wird mit Vollkraft gearbeitet und gewaltige Dämme, welche den Kanal umfassen, erheben sich bereits wie ein neuer Gebirgszug. Der Wasserstand des Rheins ist gegenwärtig sehr niedrig.

### Tagungen

**Badischer Städtebund.** Im Saale des alten Rathauses in **Willingen** fand am Samstag eine Ausschusssitzung des Badischen Städtebundes unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters **Renner**, Kallstadt, statt, die sich mit Beamtenangelegenheiten, der Verwaltungsreform, der Bezirksfürsorge usw. beschäftigte. Der Bürgermeister **Lehmann** begrüßte die etwa 60 Herren namens der Stadt **Willingen**. Eine Besichtigung des neuen Rathauses schloß sich an die Beratungen an.

**Bezirkskonferenz des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes.** In **Karlsruhe** tagte am Sonntag die erste Konferenz des Bezirks Südbadens des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der durch Zusammenlegung der bisher selbständigen Bezirke **Baden**, **Württemberg** und **Pfalz** gebildet wurde. Der Bezirk umfaßt nunmehr 50 000 Angestellte, die von 130 Delegierten vertreten waren. Der erste Vorsitzende des Afa-Bundes, Reichstagsabg. **Aufhäuser** (Berlin) hielt einen Vortrag über „Die Bedeutung der Angestellten in der Wirtschaft“. Der Sitz der neuen Organisation, „Südbadens-Bund“, kommt nach **Stuttgart**. Zum Geschäftsführer wurde **Sinnwell** (Stuttgart) bestellt. In der neuen Verwaltung werden die Bezirke **Baden** und **Pfalz** durch je drei Abgeordnete vertreten sein.

**Eine Vertretertagung südbadischer Konsumvereine** fand in **Freiburg** statt. Der Sekretär des Verbandes, **Goff**, Heidelberg, führte aus, daß der Umsatz bei den Konsumvereinen im Jahre 1928 das Doppelte des Vorjahresjahres 1914 umfaßte. Verteilungsstellenrevisor **H. Wilhelm**, Heidelberg, berichtete über die Ergebnisse und seine persönlichen Erfahrungen bei Revisionen der Konsumvereinsgeschäfte (Verteilungsstellen). Mehr als bisher mühte man auf eine rationelle Betriebsführung der Verkaufsstellen hinweisen.

**Landesmissionskonferenz.** Am Sonntag, den 10. und Montag, den 11. Februar findet im Evangel. Vereinshaus zu **Karlsruhe** die jährliche Landesmissionskonferenz statt.

### Gemeinderundschau

**Erfolgreiche Fremdenverkehrswerbung in Schwetzingen.** Das kleine Schwetzingen (10 000 Einwohner) hat im vergangenen Jahr eine Verkehrsverbesserung durchgeführt, die besonders in Anbetracht der geringen aufzubehaltenen Mittel (1928 insgesamt nur 8000 Reichsmark) als musterhaft anerkannt werden muß. Gegenüber 1927 ist die Zahl der Besucher des Schlossgartens um rund 100 000 auf rund 400 000 gestiegen im Jahre 1928. Die Zahl der Übernachtungen in den Hotels hat um durchschnittlich 30 Prozent zugenommen, die Einnahmen der Gastwirtschaften liegen durchweg höher als im Vorjahr.

**Die Offenburgers städtische Sparkasse** hat in der letzten Woche einen umfangreichen Neubau bezogen, der der Abwicklung der Kassenangelegenheiten sehr dienlich ist. Der Aufwand für die ganze bauliche Erweiterung belief sich auf 135 000 Reichsmark, für die Inneneinrichtung auf 8000 Reichsmark. Seit der Inflationzeit ist die Zahl der Spareinleger auf 3350 angestiegen, wozu noch 14 000 Einleger mit Aufwertungs Guthaben hinzukommen. Das Guthaben dieser beträgt 1,8 Millionen, das der anderen Spareinleger 6,8 Millionen.

**Bezirksparafasse Schönau.** Der Zusammenschluß der Gemeinden **Aitern**, **Völlen**, **Chrsberg**, **Frönd**, **Neuweg**, **Präg**, **Schönau**, **Schönenberg**, **Tunau**, **Ufenfeld** und **Wembach** zu einer Bezirksparafasse Schönau im Schwarzwald wurde staatsrechtlich genehmigt. Vom 1. Januar 1929 an hat die Sparkasse ihre Geschäfte aufgenommen.

**Neues Finanzamt in Schopfheim.** Dem Gemeinderat Schopfheim wurde vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß die Erstellung eines Finanzamtes in Schopfheim in den Haushaltsentwurf für 1929 aufgenommen worden ist.

**Der Bauwert der Stadt Willingen.** Der Abschluß des Feuerversicherungsbuches der Stadt Willingen auf Jahresabschluss 1928 ergibt eine Gesamtversicherungssumme von rund 42,5 Millionen Reichsmark, das sind fast eine Million Reichsmark mehr als im Vorjahre. Die Gesamtsumme verteilt sich auf rund 1600 Gebäudeeigentümer mit rund 4000 Baulichkeiten.

**Im Gemeinderat Breisach** wurde die Frage der Entschädigung für die verloren gegangenen linksrheinischen Waldungen wiederholt durchgesprochen. Der Bürgermeister soll im Sinne dieser Verhandlung beim Vorsitzenden der Spruchkammer A des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden die geeigneten Anträge stellen.

**Die Frage des Konstanzer Strandbades** ist nun soweit gediehen, daß der Stadtrat beschloß, einen Baukostenunter den Privatarchitekten aufzuschreiben. Die Baukosten sollen 150 000 M nicht überschreiten. Das Strandbad soll dann bis zum Sommer fertiggestellt sein.

**Kommunales aus Nehl.** Infolge der herrschenden großen Not wird in der Stadt **Nehl**, wie bereits berichtet, der Kürzungsetat 1928 einen beträchtlichen Fehlbetrag aufweisen. Zur Deckung dieses Fehlbetrages wurde beschlossen, eine Nachtragsumlage zu erheben, jedoch nur von den Betrieben, die einen steuerpflichtigen Gewerbetrag von mehr als 10 000 M haben. Von diesen sollen 927 M von je 100 M Steuerwert erhoben werden. Nach diesem Beschluß würde die Gemeindesteuer für 1928 betragen 123,6 M für das Grundvermögen, 40,4 M für das Betriebsvermögen, 618 M für den Gewerbetrag über 10 000 M und 927 M für den Gewerbetrag über 10 000 M von je 100 M Steuerwert. Die Genehmigung des Bürgerausschusses ist notwendig. Die Verwaltung legt dem Gemeinderat die endgültige Abrechnung über die Baukosten und Kapitalaufnahme für den Kleinwohnungsbau 1925/28 vor. Danach ist unter Einrechnung der bei den Darlehensaufnahmen entstandenen Ausverlöste ein Nachtragskredit von 160 000 M notwendig. Der Gemeinderat beauftragt das Stadtbauamt unverzüglich ein neues Kleinwohnungsbauprogramm für 1929 auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

**Die Frage der Industriean siedlung in Weßkirch** liegt trotz aller erdenklichen Bemühungen der Stadt, sie wieder in Gang zu bringen, immer noch auf einem toten Gleis. Eine leistungsfähige Tüllinger Schufabrik wollte das eine der beiden stillliegenden Fabrikanwesen kaufen, die Stadt sagte tatkräftige finanzielle Hilfe zu, doch konnte ein Kaufabschluss wegen zu hoher Preisforderung des derzeitigen Besitzers, der das Objekt erst vor wenigen Monaten erwarb und um 40 000 Reichsmark höher weitergeben wollte, nicht zustande kommen. Der Gemeinderat hat deswegen die Verhandlungen endgültig abgebrochen und sucht eine Lösung auf andere Weise zu erzielen.

**Das neue Krankenhaus in Stühlingen (bei Waldsülz)**, dessen Neubau durch den Verlust des ehemaligen Kapuzinerklosters auf der Borettshöhe, das in den letzten 70 Jahren der Stadt als Spital diente, notwendig geworden war, ist nunmehr vollendet. Am letzten Samstag fand die feierliche Einweihung und die Eröffnung des Krankenhauses statt. In dem Krankenhaus walteten katholische Schwestern als Krankenpflegerinnen. Das Haus ist entsprechend den modernsten Ansprüchen eingerichtet und kann 60 bis 70 Kranke aufnehmen. Mit dem danebenliegenden Kapuzinerkloster ist das Krankenhaus in architektonisch gut gelungener Weise verbunden.

### Zeitschriftenschau

Die „**Königliche Zeitung**“ gibt ein Sonderwerk „**Kommune und Wirtschaft**“ heraus. Der 3. J. im Rheinland-Westfalen stattfindende Umgemeindungs- und Zurbereinigungsprozess gab den Anlaß dazu. Das Werk (225 Seiten stark, Tiefdruck) bespricht die Vielfalt der Fragen durch führende Männer aus Kommune und Privatwirtschaft. In 6 großen Gruppen: Die Kommune im Staats- und Verwaltungsrecht; das westdeutsche Umgemeindungsproblem; Tagesfragen der kommunalen Finanz- und Steuerpolitik; Der Kampf um die Versorgungs-betriebe; Die Kommune im Dienst der Privatwirtschaft; Wirtschaft und Städtebau, läßt die Redaktion führende kommunalpolitiker und Männer der Wirtschaft zu Wort kommen. Dadurch ist an Stelle der ursprünglich gedachten Streitschrift tatsächlich ein wertvolles Handbuch für Kommunalpolitiker über die Streitfragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft entstanden. Der zweite Teil des Werkes gab Städten und Landkreisen Gelegenheit, gegen Entgelt ihre Lage zu schildern und ihre Forderungen an die Kommunalpolitik der Regierung geltend zu machen.

### Aus der Landeshauptstadt

**Filmwerbung der Reichsbahn.** Nach einer Mitteilung des Chefs der Marineleitung in Berlin hat das Reichswehraministerium die beiden von der Reichsbahndirektion **Karlsruhe** hergestellten Werbefilme „**Vom Rhein über den Schwarzwald zum Bodensee**“ und „**Von Heidelberg nach Würzburg und Rothenburg o. T.**“ dem Kreuzer „**Emden**“ für seine 15monatige Weltreise mitgegeben. Der Kreuzer hat den Auftrag, die Filme in den ausländischen Häfen, die er ansteuert, vor Auslandsdeutschen und deutschfreundlichen Ausländern zur Vorführung zu bringen.

**Der neue Poststempel im Einzahlungsverkehr.** Durch den vorläufig nur bei einigen größeren Postanstalten in Gebrauch genommenen neuen Poststempel ist eine bedeutende Vereinfachung im Zahlungsverkehr eingetreten. Dieser Stempel zählt fortlaufend durch und trägt für jeden Beamten einen besonderen Kennbuchstaben, wodurch die bisherige Namenunterschrift des Beamten ersetzt und die Postanweisungen und Zahlarten zahlenmäßig durchlaufend registriert und geordnet werden, da der Beamte die Beträge nicht mehr in eine Liste einzuschreiben hat. Die Beträge der Zahlarten werden durch eine Rechenmaschine addiert und durch einen Kontrollbeamten verglichen. Vor allen Dingen ist eine große Zeitersparnis durch dieses Verfahren gewährleistet.

**Änderung von Formblättern des Post- und Postfachverkehrs.** Von der Deutschen Reichspost sind die Postanweisungen und Zahlarten sowie die Nachnahme- und Postauftragsformblätter mit anhängender Postanweisung oder Zahlart wesentlich geändert worden. U. a. haben die Formblätter zum leichteren Ausfüllen mit Schreibmaschine Normzeilenabstand erhalten; gleichartige Angaben auf den verschiedenen Teilen der Formblätter sind möglichst auf gleiche Zeilenhöhe gebracht worden. Ferner sind Vereinfachungen für die Betragsgabe vorgesehen. Die Bearbeitung alter Zahlarten usw. verursacht besonders bei den Postfachämtern erhebliche Betriebschwierigkeiten. Zur Abstellung dieser Antragsmöglichkeiten hat daher die Deutsche Reichspost angeordnet, daß Zahlarten und Postanweisungen, die in den Abmessungen mit den amtlichen nicht genau übereinstimmen, nur noch bis Ende Juni 1929 verwendet werden dürfen.

**Neue Orientierungstafeln auf dem Mählbergturn.** Nach einem Beschluß der Vorstandschaft der Ortsgruppe **Karlsruhe** des Badischen Schwarzwaldvereins werden die Orientierungstafeln auf dem Mählbergturn, die vor Jahren von Metallräubern gestohlen wurden, durch neue ersetzt. Diese sind auf Grund vollständig neuer Aufnahme durch Kartograph **Ghr. Münch** bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung hergestellt. Ihre Aufmontierung wird schon in der nächsten Zeit erfolgen. Damit wird der Mählbergturn, der als einer der großartigsten Aussichtspunkte des nördlichen Schwarzwaldes bekannt ist, eine neue Anziehungskraft erhalten.

**Belästigung durch das Publikum bei Krankentransporten.** Schon wiederholt ist das Publikum gebeten worden, bei Krankentransporten nicht durch müßiges herumstehen um den Sanitätswagen die Kranken zu belästigen und den Sanitätsleuten ihre Tätigkeit zu erschweren. Ein jedes möge sich klar darüber sein, wie es einem Kranken zumute sein mag, wenn er beim Zu- und Begleiten in den Krankentransportwagen den neugierigen Blicken fremder Personen ausgesetzt ist. Es darf wohl soviel Tatgefühl vom Publikum verlangt werden, daß es in solchen Fällen ruhig seines Weges geht und damit am besten seine Anteilnahme bekundet.

